

Halberstädter Tagblatt

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Postzuschlag, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Einrückungsmittel bedingt fällig und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Vätern und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagblatt, Paul Weber, G. m. b. H., Steinmühlweg, für Politik u. Wirtschaft Kurtz Wolfenbutel, für den letzten Teil u. W. Wolfenbutel, für Restante u. Lokale Kurtz Zschal, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Anzeigensatz 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wahrscheinlich ist bei langjähriger Vorlegung eine Ermäßigung von Anzeigen auf bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen nach einer Gewährung nicht abzunehmen. Anzeigen-Strafmaße in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Volkshausmarkt Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 136

Montag, den 15. Juni 1931

1. Jahrgang

Morgen Entscheidung.

Der Reichskanzler verhandelt weiter. — Die Volkspartei ist wieder umgekippt.

Der Reichskanzler ist am Sonntag abend von der Hildesheimer Zeitung des Zentrums nach Berlin zurückgekehrt. Er wird bereits heute vormittag mit dem Sonnabend unterbrochenen Verhandlungen mit den Parteien wieder aufnehmen. Zunächst sind Einzelgesprächen geplant. Dann soll eine

Konferenz mit sämtlichen Regierungsparteien

folgen, an die sich eine Besprechung mit Vertretern der Sozialdemokratie anschließen wird. An der Konferenz mit den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie werden auf Wunsch des Reichskanzlers der preuß. Ministerpräsident, Reichsfinanzpräsident Föbe und der Reichsanwaltschaft Dr. Lütker teilnehmen.

Am Regierungslager ist man neuerdings überzeugt, daß eine Verständigung zwischen der Reichsregierung, den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie erzielt wird.

Einkerbung des Reichstags zunächst vermeiden kann.
Man ist dieser Überzeugung nicht, weil man bereit wäre, die Notverordnung sofort in dem erforderlichen Maße zu ändern, und die Regierungsparteien bzw. die Sozialdemokratie zugleich zu befriedigen, sondern aufgrund der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage. Man ist im Regierungslager und das gilt ebenso vom Zentrum, fest davon durchdrungen, daß die Parteien unter dem Druck der insbesondere von den Reichsanwaltschaften vorgebrachten Argumente ihre Forderungen nach sofortigen Änderungen der Notverordnung zurückziehen und sich mit einer „bindenden Zusage“ der Regierung zufrieden geben, daß derartige

Änderungen in Herbst vorgenommen

werden sollen, sobald der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im Oktober entsprechende Beschlüsse gefaßt hat. Der Optimismus vor dem Reichskanzler und allen Reichsministern geschieht wohl, so ist nicht zuletzt auf die offensichtliche Bemühungen der Deutschen Volkspartei, ihren Beschluß auf Einkerbung des Reichstags möglichst schnell und ohne viel Aufhebens in sein Gegenteil zu verkehren.

Eine Verlautbarung von maßgeblicher Seite der Deutschen Volkspartei in der „Rheinischen Zeitung“, ist am Sonntag abend aufgrund der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem vormaligen Führer Dingeldey während der Eisenbahnfahrt des Reichskanzlers nach Hildesheim der Öffentlichkeit übermittelt wurde und die nach unseren Informationen auf niemanden anders als auf Herrn Dingeldey persönlich zurückzuführen ist, behauptet die Möglichkeit

Kritik der Volkspartei in das Regierungslager

für Montag bereits an. Natürlich nicht aus der Einsicht, daß der Beschluß der Volkspartei vom Donnerstag eine Torheit war, sondern weil hauptsächlich der Aufforderung des Parteivorstandes, die Notverordnung und die geforderten Änderungen des Kabinetts zwischen dem Reichskanzler und Herrn Dingeldey eine „Annäherung“ zu erlangen sei. Die Volkspartei stellt also in Aussicht, daß Herr Brüning ihr mindestens auf halbem Wege entgegenkommen wird und ihr dieses Entgegenkommen einen neuen Umwälz wert ist.

Von maßgebender Seite des Zentrums erklärt man uns dagegen, daß Brüning

Herrn Dingeldey bisher in keinem Punkte nachgegeben

hat und er insbesondere mehr jetzt noch in absehbarer Zeit daran denkt, seine Regierung gemäß dem Wunsch der Volkspartei nach rechts zu erweitern. Aber, darf man fragen, worauf sich dann die Hoffnung der Volkspartei gründet?

Brüning hat am Sonntag auf der

Hildesheimer Tagung

seine Unterredung mit Dingeldey nur getreift. Wie er überhaupt über die aktuelle Frage, über die Möglichkeiten, aus der außerordentlich zugefügten immerpolitischen Situation ohne große Panne herauszukommen, nur sehr wenig gesagt hat. In seinen Ausführungen legte er den Hauptpunkt auf eine Darstellung der Weltwirtschaftslage und eine Betrachtung über die wirtschaftliche Situation Deutschlands.

Der Verlauf der anschließenden Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß die öffentliche Kritik des Zentrums zu mindestens bis auf weiteres die Politik des Reichskanzlers ist. Welche Zeit die Volkspartei sich weilt, zeigt jene Entscheidung, die am Sonntag dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion des Zentrums angenommen wurde.

Die Entschleunigung,

die unter Mitwirkung des Reichskanzlers zu Papier gestellt wurde, stellt in der Form einen Kurzauf aus das deutsche Volk und an die Verantwortlichkeit dar. Uns interessiert hier vor allem, daß sich das Zentrum mit der Notverordnung, wie sie ist, trotz der scharfen Kritik der christlichen Gewerkschaften und trotz des Protestes, der aus den Arbeiterkreisen des Zentrums von Tag zu Tag lauter gegen die Notverordnung erkallt, zunächst abgefunden hat. Zwar steht davon in der Entscheidung, und in dem Aufsatz, wie man es gerade weiß, kein Wort. Aber die Tendenz dieser Verlautbarung läßt keinen Zweifel darüber. Eine Bestätigung dafür ist auch der Verlauf der mehrstündigen Debatte in Hildesheim.

Von vielen Seiten wurde an der Notverordnung scharfe Kritik geübt und doch war man sich schließlich mit dem Reichskanzler darin

einig, daß an der Notverordnung frühestens im Herbst Änderungen vorgenommen werden sollen.

Die Sozialdemokratie verlangt sofortige Änderungen.

An der Entschleunigung ihrer Reichstagsfraktion vom letzten Freitag heißt es, daß die wertvollsten Kräfte durch die neue Notverordnung, auf das allerhöchste festgesetzt werden und die Notverordnung Maßnahmen enthält, die sozial direkt ungewinnmäßig und nutzlos sind.

Werden die Argumente der Reichsregierung und des Reichsanwaltschaftspräsidenten über die wirtschaftliche Situation die Gefahren für die deutsche Kreditpolitik und die deutsche Währung so sein, daß sich die Sozialdemokratie mit Änderungen der Notverordnung in einigen Wochen zufrieden geben kann? Das ist die Frage, mit der sich am Dienstag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt wird. Die Situation ist nach wie vor bitter ernst und die Möglichkeit, daß bereits jetzt der Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokratie eintritt, ist durchaus gegeben.

Die Hildesheimer Tagung.

Hildesheim, 15. Juni. (Hf) Am Verlauf der hier am Sonntag abgehaltenen gemeinsamen Tagung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion des Zentrums gab zunächst der Reichskanzler eine Überdacht über die Weltwirtschaftslage. Anschließend machte Reichsminister Eberstadt mehrere Ausführungen über den Verlauf der Notverordnung. Außer Brüning und Eberstadt waren der Reichserziehungsminister Queredar und die preussischen Minister Feiler und Hinnelberg anwesend.

Am Mittags um 14 Uhr nach nicht dreißigminütiger Dauer abgebrochen wurde, gab es scharfe Kritik an der Notverordnung. Trotzdem wurde dem Reichskanzler und den Reichsministern des Zentrums das Vertrauen der deutschen Zentrumspartei ausgesprochen. Zwar bestanden gegen Einzelheiten der letzten Notverordnung auch im Zentrum starke Bedenken, zu manche finanzielle Bestimmungen der Verordnung würden in Zeiten geheimer Wirtschaftslage und politischer Verhältnisse geradezu unverständlich und unerrätlich erscheinen. Am aber die Nation zu

erhalten, um eine geordnete Staats- und Wirtschaftsführung zu ermöglichen, um das Wankende in ein finanzielles, wirtschaftliches und damit politisches Chaos zu vermeiden, stüßte die deutsche Zentrumspartei auch heute die Reichsregierung. Sie tue dies schließlich in der Erwartung, daß durch die Zusammenfassung aller Kräfte im gegenwärtigen Augenblick eine Lage geschaffen werde, die die Milderung der größten Härten der Notverordnung ermögliche.

Wort über die Notverordnung.

Am Sonntag abend sprach Reichsministerpräsident Dr. Brüning in einer öffentlichen Verammlung. Wenn er gefragt wurde, so äußerte er, gefälligst zu bedenken die neue Notverordnung, so würde er mit denen stimmen, die „nein“ sagen. Auf die Frage kann man sie ablehnen, antwortete er, er wolle seinen früheren Stand als den, an dem alle Notverordnungen wieder in den Papierkorb wandern könnten. Der Beschluß der volksparlamentarischen Reichstagsfraktion auf Einkerbung des Reichstags habe dem deutschen Volk 250 Millionen Goldmark gestiftet. Wenn morgen oder übermorgen durch eine politische Torheit nicht die absolute Ruhe mehr garantiert werde, so werde der nächste Schritt der Reichsamt nicht nur eine Disziplinierung, sondern eine Kreditrepression sein. Wenn Sozialdemokratie und Volkspartei am Montag oder Dienstag zu einer anderen Entscheidung kämen, als die, welche das Zentrum erwarbt, dann sei das Zentrum von aller Verantwortung über die Schwereklagen unserer Tage frei.

Kapitalistischer Irrsinn.

Belgrad, 14. Juni. (Zelution). Ohne die südlawische auswärtsige Politik oder die handelspolitische eine Kritik zu unterziehen, erklärt heute die „Politik“, daß es notwendig sein würde, einen Teil der Ernteeinnahme auf irgendeine Art zu beschließen. Das Blatt betont, daß es sich der Unnatürlichkeit dieser Maßnahme voll bewußt sei. Allein sie liege im unabweislichen Interesse der Volkswirtschaft und der öffentlichen Finanzen. Ein Teil der Ernte müsse ungeschädlich gemacht werden, damit nicht durch ein unbedeutendes Angebot die Preisbildung ungünstig beeinflusst werde. Als wirksamstes Mittel empfiehlt das Blatt die Vernichtung eines Teiles der Getreideüberschüsse.

Reichstag — und was dann?

Von Paul Löbe.

Die Entscheidung über die Einkerbung des Reichstags ist nahe herangerückt. Nach den Ereignissen der letzten Tage hängt es nicht von den Beschlüssen der Sozialdemokratischen Fraktion allein ab, ob diese Einkerbung erfolgt. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß Parteien der Mitte diese Einkerbung wünschen, weil ihnen die Notverordnung gegenüber den breiten Massen noch nicht weit genug geht. Die Volkspartei hofft zu erreichen, daß die Lasten noch einseitiger zu Ungunsten der Befehlshaber verteilt werden, die Wirtschaftspartei wünscht stärkere Berücksichtigung des Mittelstandes, das Volksoffizier wünscht nach höhere Zollmauern, ander verlangt teilweise Maßnahmen zur Einleitung neuer Reparationsverhandlungen.

Wenn die Einkerbung des Reichstags wirklich erfolgen sollte, dann muß sich die Arbeiterschaft vor Vorbereiten klar sein, mit welchen Erwartungen sie diesen Entscheidungen entgegensehen kann. Zweifellos wird der Reichstag eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung aufweisen — aber wie eine Mehrheit für einen Erfolg zusammengeführt werden soll, ist nicht erkennbar. Die einhundert Milliarden Defizite müssen aber gedeckt werden, wenn das Reich und die Länder ihre Verpflichtungen erfüllen und nicht viel stärkere Zuschüsse bei zukünftigen Zahlungen eintreiben sollen. Es gibt Leute, die an die „sozialistische“ Einstellung der Nationalsozialisten glauben und sich eine Deckungsgrundlage von drei fünfzig einstellenden Parteien vorstellen können. Diese Hoffnungen dürfen nach den ersten Versuchen scheitern. Aber auch, wenn wir annehmen, daß sie gelingen könnten, fehlt bei der jetzigen Machtverteilung eine parlamentarische Regierung, um diese Aufgabe durchzuführen. Sowohl die Nationalsozialisten wie Kommunisten erklären, daß sie sich an einer solchen parlamentarischen Regierung — obendrein mit der Sozialdemokratie — nicht beteiligen, sondern das Parlament und sein System abschaffen würden. Der Erfolg und die Durchführung einer neuen Notverordnung oder das Gleiche begehrende Befehle ist also schwer durchführbar.

An Bestätigung dieser Zusammengehänge wird also die Regierung Brüning

vor der Aufhebung der Notverordnung juristretreten

oder dem Reichstag auslösen. Ob die Auflösung des Reichstags im gegenwärtigen Moment eine Behebung der parteipolitischen Schwierigkeiten bringt, ist nicht wünschenswert, daß aber in der Zeit bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstags die finanziellen Schwierigkeiten nicht behoben werden könnten, ist sicher. Welcher Weg also auch gewählt wird, in der Zwischenzeit wird eine andere Regierung in irgend einer Form die Deckung des Defizits verlaufen müssen

und diese Regierung wird eine sein, die sich von der Sozialdemokratie viel früher distanzieren als es die Regierung Brüning bisher getan hat.

Die Maßnahmen dieser Regierung dürften kaum arbeiterfreundlich anfallen als die gegenwärtige Notverordnung. Auf diesen Umständen müssen wir alle unsere Anhänger immer wieder hinweisen, in welchem Lager sie auch liegen. Die Unmöglichkeit, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, kann die Bildung einer außerparlamentarischen Regierung zur Folge haben und unseren Kampf in das Land statt ins Parlament verlegen. Wir werden ihr auch dort zu führen wissen, aber jeder Sozialdemokrat muß sich darüber klar sein, daß dieser Kampf dann geführt wird gegen eine gefährlichen Front des Bürgerturns und seine Gesellschaft aus allen Lagen, daß dieser Kampf geführt werden muß bei einer noch weiteren Verschärfung seiner Lebenslage und der Gefährdung seiner politischen Rechte.

Es wäre eine Illusion, die zu schweren Enttäuschungen führen würde, wenn sich der Glaube festsetzt, die Sozialdemokraten seien in diesem Reichstag stark genug, den Antrag auf die Lebenshaltung der breiten Massen abzumöhen. Das haben die Wahlen des 14. September verratet, die uns auf ein Viertel des neugewählten Parlaments herabdrückten. Dieses Viertel wird den Kampf führen, aber kann keine Mehrheit bilden. Die Forderung auf die Nationalsozialisten hindert ein. Sie haben, wie überhaupt weiß, ihre erste und höchste Parole: „Rieder mit dem Young-Bian“ durch Stimmhaltung zu Fall gebracht. Sie werden erst recht ihre soziale Rhetorik aufgeben, oder ihren erreichten Einfluß benützen, um die politischen Rechte zu beseitigen, was sie offen befehlen, um den Einfluß der Massen auf die Gesetzgebung endgültig zu brechen.

„Ausprechen was ist“, war bei Laßalle der erste Grundgedanke im Kampf der deutschen Arbeiterklasse. Wir dürfen unsere Anhänger nicht im Unklaren lassen, daß bei der Wirtschaftskrise und Finanzlage des Reiches unter allen Umständen zunächst unsere Aufgabe liegt, es ermöglicht werden, daß gerade eine Änderung unserer bisherigen Taktik das nicht verhindern kann, nicht größere Gerechtigkeit, sondern größeres Ungerechtigkeit für Folge haben muß. Das ergibt sich, weil die Gegner im Parlament und leider auch im Lande in der Mehrheit sind, weil die finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus der Krise ergeben, niemanden die Möglichkeit einer sofortigen Erleichterung schaffen. Erfolge, Fortschritte sind nur möglich nach neuen schweren Kämpfen. Für diese Kämpfe unter härteren politischen und sozialen Vorbedingungen zu kämpfen, ist in jeder Stunde Pflicht unserer Organisation.

Diktatur des Interessentlängels.

Was nach der Tagung des Sängnersvereins vor gut acht Tagen unheimlich sehr wahrscheinlich erschien...

Während die Schwerindustrie gegen Brüning antizipiert, kämpft die Reichsbank einen beispiellosen Kampf gegen den deutschen Geld- und Kapitalmarkt.

Es wird die höchste Zeit, daß das deutsche Volk die Zusammenhänge begreift. Man soll nicht immer auf die bösen Franzosen und Nordamerikaner schimpfen, die ihr Geld aus Deutschland zurückziehen.

Was das Regierungsdirektorium von Hoffens Gnaden zu tun hat, darüber hat man sich ja in voriger Woche auf der Tagung des Sängnersvereins in aller Gründlichkeit geäußert.

Aber was will man schließlich? Das ist doch die von Jugenberg angeordnete notwendige Krise, die „notwendige Protektifizierung des ganzen Volkes“.

Als die Schwerindustrie während der letzten Reparationskonferenz in Paris den Abruch der Verhandlungen verlangte und das Experiment von 1923 wiederholen wollte...

Die Patrioten führen das Wort „national“ immer im Munde. Dahinter steht zuguterletzt nichts anderes als ihr Geldbeutel. Die Schwerindustrie ist in Hinsicht auf die Verhältnisse mit Subventionen...

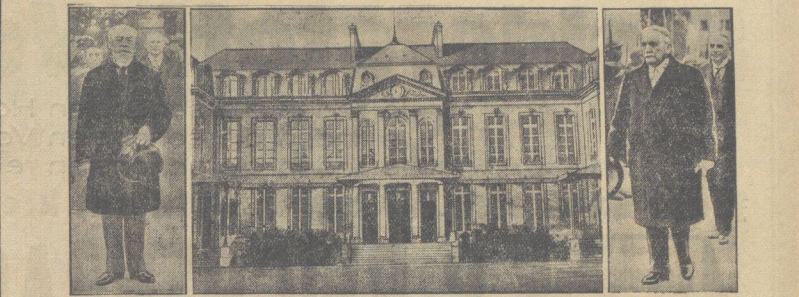
Aus aller Welt Blutige Schießerei in Berlin.

Am Sonntag morgen kam es im Osten der Reichshauptstadt zu einer blutigen Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Der Vorfall ereignete sich um 7 Uhr morgens an der Rathenower Straße. Als dort mehrere Nationalsozialisten in den äußeren Zeitungen vertriehen wurden...

Unter den Schwerwunden befinden sich ein 14jähriger Kommunist, der einen schweren Hirn- und Bauchverletzung erlitten hat.

Den Präsidenten gewechselt.



Doomer kam. Das Elysee, Frankreichs Präsidentenpalast. Doumergue ging.

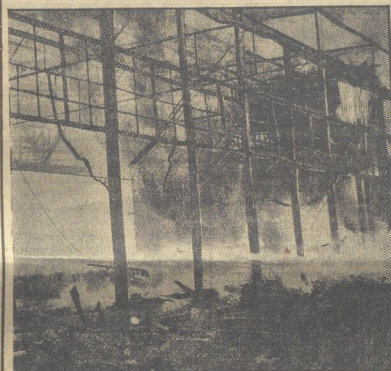
Der neue Präsident der Republik, Doumer, hat am Sonntag nachmittag seine Amtsgeschäfte angetreten.

Im Präsidentenpalast überarb Doumergue in Anwesenheit der Mitglieder des Büros des Senats und der Kammer sowie der Minister mit einer kurzen Ansprache seinen Nachfolger die Geschäfte.

Das höchste Amt der Republik zu betrauen. Das habe Doumergue nicht gewollt, und das ist ein demokratischer und weiser Gedankengang gewesen.

Später begab sich Doumer, wieder von Dragoonern eskortiert, zum Rathaus, wo ihm die Stadterneuerung einen feierlichen Empfang bereitet.

Der Großbrand im Malmör Flughafen.



Der zerstörte Hauptflügel des Flughafens von Malmö in Schweden, der völlig niederbrannte. Eine Sintersmaschine wurde ebenfalls zerstört.

Letzte Nachrichten (Eigene Lekt- und Drachtheilich)

Die Krise. Die heutigen Verhandlungen Brüning.

Berlin, 15. Juni. (Eig. Funtm.) Der Reichstagspräsident empfing um 12 Uhr die Generalschleichen aller Richtungen zu einer gemeinsamen Besprechung über den Inhalt der Ministerordnung bzw. die wirtschaftliche Lage.

Am 11 Uhr trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in deren Verlauf der Reichstagspräsident die Minister über seine Verhandlungen mit den Parteiführern informierte.

Flugzeugunglück bei Dessau. Zwei Todesopfer.

Dessau, 14. Juni. Am Sonntag um 18 Uhr stürzte das Schullflugzeug des Anhaltischen Vereins für Luftfahrt „Blöke“ in einer Kurve in der Nähe des Flughafens von Jünters ab.

Schweres Unglück am Bahnübergang.

Münchberg, 15. Juni. (Telefon.) Am Sonntag nachmittag ereignete sich an einem Bahnübergang bei Kranich ein schweres Unglück.

Ein deutscher Fall Marek.

Am 15. Juni beginnt vor dem Schöffengericht Koburg ein Prozeß, der in letzter Geschichte fast an den Fall des Wiener Angewandten Emil Marek erinnert.

In Koburg steht der Reichsanwalt Alfred Schab als Beschuldigter, einem kleinen Bauernhof nahe bei Koburg, wegen verachteten Betruges vor Gericht.

Die Polizei konnte trotz eifrigster Nachforschungen keine Spur der angeblichen Täter entdecken.

Amerikanische Banken gegen weiteren Kapitalabzug aus Deutschland.

London, 15. Juni. (Telefon.) Einer Erklärung des „Sunday Express“ zufolge soll am Freitag ein niedrigeres Abkommen zwischen den amerikanischen Banken zustande gekommen sein.

Wilkins „Rautilus“ in erster Bedrängnis?

Newport, 15. Juni. (Telefon.) Einen Punktbruch vom Baglogerhamer „Präsident Roosevelt“ zufolge befindet sich Wilkins „Rautilus“ in ernstlicher Schierleiten.

Ein Bataillon verpfeilt. Ein Butarester Bataillon Genbarmerie, das sich in der Nähe der Hauptstadt auf einem Feldbienenmarkt befand, erlitt ein schmerzliches Verletzungsergebnis.

Partei und Notverordnung.

Eine Entschliebung des Bezirks Magdeburg-Anhalt.

Bevor am Dienstag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einem Entschluß darüber zu kommen, ob der Reichstag einberufen werden soll, was naturgemäß von Sturz der Regierung einberufen werden sollte, war natürlich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch die Notverordnung der Reichsregierung in ihrer Arbeit unterbrochen worden. Die Reichsregierung hat die Notverordnung am Sonntag nach Magdeburg eine Bezirksausstellung einberufen. Am Sonntag waren 66 Parteifunktionäre und zwar der Bezirksvorsitzende, die Vertreter der 17 Unterbezirke, die Abgeordneten des Reichstags, des Reichsausschusses und des Reichsausschusses, die Vertreter der Parteifunktionäre und die Vertreter der Parteifunktionäre und der Parteifunktionäre.

Dieser Vertrauensleute der Partei schiederte der Bezirksvorsitzende Gen. Fekl noch einmal die politische Lage, die aus dem Entschluß der Reichsregierung und aus der allgemeinen Krise entstanden ist. Die Reichsregierung sei in ihren Bestimmungen und Ausführungen so unentschieden, daß es in der ganzen Fraktion keinen Menschen gäbe, der sie als tragbar erkläre. Die Reichsregierung sei eine Krisenregierung an der arbeitende Bevölkerung. Sie bezeuge die Kapitalistenklasse und benachteilige in schamlosester Weise die Lohnempfänger, die Arbeitslosen, die Kriegsbeschädigten und ganz besonders alle wirtschaftlich Schwachen. Wenn es also möglich wäre, diese Reichsregierung irgendwem zu bestreiten, so würde die sozialdemokratische Partei in ihrer Verantwortung stehen. Mit dem Sturz der Reichsregierung übernehme die Reichsregierung die Verantwortung nicht bestreiten, sondern sie könne in Kraft, ganz gleich, wer später die Regierung übernehmen würde. Das nach dem Wahltag am 14. September die sozialdemokratische Partei an die Stelle Brinnings treten könne, müsse jeder politisch Orientierte selbst wissen. Was also nach Brinning hieße, wäre auf alle Fälle bedeutend schlimmer als das Gegenwärtige. Man ließe heute noch der Frage, daß 2½ Milliarden Mark Defizit gedeckt werden müssen. Darüber komme keine Regierung, wie sie auch gar nicht sein möge, hinweg. Die Hauptfrage nach der Einberufung des Reichstags seien die engeren Verhältnisse der Arbeiterfrage, denen die Kommunisten auf Befehl Stoisas Handlangerdienste leisten. Der Zweck dieser Parteien sei, der sozialistischen, die umgehende die Hälfte der deutschen Reichsausgaben ausmachen, radikal zu sein. Etwas Gutes könne man also von den Gegnern, die sich jetzt auf demokratische Einrichtungen berufen und früher den Reichstag als Schmalbüchse bezeichneten, nicht erwarten. Der Weg der Reichstagsgegner, die Erhöhung des Defizits um 2 Prozent jetzt gleich zu tun, würde einbrechen, wenn unsere Gegner über die Einberufung des Reichstags für sich entscheiden würden. Die Arbeiterfrage würde entsetzlich schlimmer als die jetzt ist. Die Arbeiterfrage, die in der Zukunft sein muß, muß dem Reichstag nicht vorgetragen werden, die Arbeiterfrage, die in der Zukunft sein muß, muß dem Reichstag nicht vorgetragen werden.

Nach einer sehr umfangreichen Aussprache, wurde dann mit 63 gegen 2 Stimmen angenommen folgende

Entschliebung:

Die Konferenz billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sie nach Entschluß der Reichsregierung vom 5. Juni 1931 angenommen hat. Die Konferenz stellt sich auf den Boden der Entschliebung der Reichstagsfraktion vom 12. Juni 1931. Die Reichsregierung belastet die unteren Volksschichten außerordentlich schwer. Die Befähigung der Gegner der sozialdemokratischen Partei in Deutschland habe, ist für jeden politisch Einseitigen unnötig. Durch die Taktik der Sozialdemokratie ist vielmehr vor-

hindert worden, daß die Verhältnisse sich nicht schon schlimmer gestalten haben. Die Schuld an den gegenwärtigen furchtbaren Zuständen wie an allem, was das deutsche Volk noch zu tragen haben wird, trägt das kapitalistische System, das in den Weltkrieg hineinführt und die Kriegesfolgen in seinem Lande der Welt zu werfen vermag. Die Bestrebungen der Reichsregierung auf eine Neuaufrichtung des Reparationsproblems mit dem Ziele, das deutsche Volk, insbesondere seine arbeitende Klasse, zu untragbaren Lasten unmöglicher Reparationsverpflichtungen zu befähigen, sind von der sozialdemokratischen Partei aufs äußerste zu unterlassen. Dem nationalen Vorgehen der Reichsregierung als den vermeintlichen Gegnern untragbarer Reparationslasten ist mit größter Energie entgegenzutreten. Die Schuld für die furchtbaren Zustände muß ferner in besonderem denjenigen Parteien zugeschrieben werden, die alle finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Vorschläge der sozialdemokratischen, die sie bei früheren Gelegenheiten gemacht hat, abgelehnt haben.

Von der Einberufung des Reichstags vertritt sich die Konferenz keine Befreiung der Lage. Die Pläne der Diktatoranhänger von rechts und links, einschließlich der Deutschen Volkspartei, liegen klar zu Tage. Sie wollen den Sturz des Reichstags durch, weil sie damit ihren Ziel, entweder die Errichtung der faschistischen Diktatur oder eines Sowjetbundes, näherkommen glauben. Wir weisen die Bürgerkrieg und der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch der Folge war. Das Volk würde dabei zugrunde gehen.

Die Interessen des schaffenden Volkes werden von der sozialdemokratischen Partei. Wir sind uns klar darüber, daß die Grenze dessen, was das Volk ertragen kann, überschritten ist. Den Sprung ins Dunkle aber können wir nicht mitmachen. Wir tragen nicht die Verantwortung für die Reichsregierung; diese ist das Werk der Reichsregierung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Aufgabe, im Verein mit dem Reichsausschuss und dem Bundesausschuss des A.D.G.B. mit allen geeigneten Mitteln für Verrückung der schlimmsten Bestimmungen der Reichsregierung zu wirken. Darüber hinaus fordert die Konferenz von diesen Instanzen Ausarbeitung eines sozialdemokratischen Sanierungsprogramms für Wirtschaft und Finanzen.

Wenn auch die sozialdemokratische Partei verabschiedete Spiel der Gegner der Demokratie ablehnt, so darf sie doch keinen Zweifel darüber lassen, daß ihre Anhänger im Ernstfälle zum Zusammenbruch bereit sind. Wir fordern unsere Parteigenossen und Wähler im Lande zu größerer Wachsamkeit und gesteigertem Aktivismus auf. In diesen Tagen wird über das Schicksal der Demokratie entschieden.

Sozialdemokraten, seid auf der Wacht!



Der Mann mit der Pranke

Roman von Friedrich Z Eckendorf

Copyright 1929 by Wilhelm Goldmann Verlag, G. m. b. H., Leipzig
15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Es ist kein Handtuch — — —“
„Aufmerksam.“

Das war keine Stimme mehr, sondern ein Schlag, der aus getrümmter Hand ins Gesicht flog. Er hatte stumm ein Handtuch und wußte auf. Ganz genau verstand die Gontard. Das war eine Demütigung vor der Frau, die irgendeine mit den Blumen zusammenhing.

Was Lena verdroß, war die Befürchtung, daß Gontard wegen der Begegnung im Theater etwas Mißfälliges über ihren Mann sagen könnte. Den ganzen Weg in die Bismarckstraße suchte sie nach den richtigen Worten, mit denen sie antworten wollte, wenn er irgendeine Bemerkung machen würde. Und er würde sie machen, jeder Mann würde es tun, das war ja so menschlich. Aber als sie ihm an dem kleinen runden Tisch gegenüberlag, erlebte sie wieder mit Schauern die erstaunliche Wendung seines Gesichts aus verbitterter Stare zu erst abgottlicher und immer härterer, gelöstere Lebensgröße, die auf sie wirkte wie das langsame Erwaschen eines Toten. Und es war ein seltsames, befrühendes Gefühl, die eigene Wirkung, die einem lebendigen Menschen auch vergänglich ist, in die tiefen Furchen seines Gesichts, ihr Atem fröhliche Wärme, die aus den Äußerlichkeiten seiner Züge ein schwach gefärbtes Äußerliches zauderte.

„Wie war's denn im Theater? Nichtig? Ganz, ganz richtig?“
Er legte seine Hand, gewiß wie eine Glocke, schlingend und behaftet über ihre, so daß er sie kaum berührte.

„Alles, was Sie tun und sagen, ist richtig.“
Weshalb sagte ihr Hugo nicht einmal, ein einziges Mal, nur so etwas? Was denn das möglich, daß dort alles falsch war, was sie sprach, und hier alles richtig, schön und gut? Sie schwieg und wartete. Wird er die Begegnung nicht erwähnen? Er erzählte von der Vorstellung. Seine Gedächtnisse waren von der Selbstgefälligkeit eines Kindes, selbsthaft und unfähig einfach. Was war ihm die Mutter? Eine Stimme, ein Ton, der ihn an sie erinnerte. Von Hugo und Eva sein Wort. Er mochte eine Pause. Sehr möchte er es sagen und tun es nicht, weil er vielleicht meint, ihr wüßte es nicht, daß es in ihr auf. Sie wollte nicht die Rolle der hintergegangenen Gattin spielen.

„Wollten Sie mit nicht noch etwas mitteilen?“ gerief er das Schweigen.

Er schüttelte den großen, bunten Kopf.

„Weshalb erzählen Sie mir nicht, daß Sie meinem Mann begegnet sind, und daß Sie ihn mit Ihrer Sekretärin gesehen haben?“

„Man sucht früherhin Gertrudens Güntel“, sagte er mit trockener, fast jüdischer Scharfzüchtigkeit, „sie soll großen Einfluß auf mich besitzen.“

Es sang behnabe, als wollte er Krönung entzündigen. War das nur fuge Verwendung bei ihm?

„Ich sollte Ihnen vielleicht das nicht sagen, aber es ist hübsch von Ihnen, daß Sie nicht gegen meinen Mann sagen. Es wäre geschmacklos gewesen, wenn Sie mir hätten beweisen wollen, daß er mich nicht liebt.“

Er antwortete, jedes Wort betonend:

„Ich will Ihnen nur eins beweisen — daß ich Sie liebe. Nie etwas anderes.“

Sie wollte ihm unterbreiten. Er sollte nicht zu sprechen, sie mochte es nicht hören, so möglich einwillend es war, sich verfahren, sich lieben zu lassen. Man hätte es zurückgeben müssen, man gerichte einem anderen, man war Dama — — — aber man war doch auch eine Frau — — — man war doch nur ein Mensch — — — Es lag ihr noch etwas auf der Zunge, sie jagerte, es zu sagen. Gontard hatte lo schärfe Augen und Ohren. Sie dachte verlegen, indem sie es herausbrachte.

„Ich glaube — meinem Mann war es — sehr unangenehm — daß Sie ihn mit Fremden.“

„Gut einer Antwort, bliebe er für nur an. Das Grau des Auges wurde um eine Schattierung dunkler, wärmer. Sie war verumwandelt, wie man sich mit diesem Menschen verständigen konnte, ohne daß ein Wort fiel. Mit einer dankbaren Regung trug sie ihm schließlich über den Vermerk.

Wenigs kam Hugo in frohender Pause nach Hause.

„Du, heute ist ein Wunder geschehen. Ein wahrgeschichtliches Wunder: dieses reisende Tier, von dem man glaubt, daß es Menschenfleisch frist, hat sich in ein privates Gespräch mit mir eingelassen. Hat zu mir gesprochen, wie ein Mensch zum andern. Du fannst das nicht verstehen, weil du Gontard nicht kennst. Das ist der herabgesetzte, harte Bär, der so auf der Erde herumgelaufen ist. Aber weißt du, es kommt eben alles darauf an, wie man dem Menschen behandelt. Man muß ihm zu nehmen wissen. Vom Theaterbesuch keine Rede. Man hätte meinen können, er ist mir direkt dankbar, daß ich seine Sekretärin ausgeführt habe.“

Lena freizulegte Hugos Haar. Es hüßig war das, wenn er troh war.

WERNIGERODE

Die Preise steigen!

Die Lebenshaltungskosten in Preußen im Mai 1931.

Wie die „Statistische Korrespondenz“ mittels, ergab sich im Mai im Gesamtdurchschnitt um 51 preußischen Reichsmark eine weitere Preissteigerung des laufenden Jahres, die bereits seit Beginn des Jahres leicht steigende Preissteigerung hatten. Brot (gegen April + 1.1 Rpf., gegen Januar + 1.9 Rpf.), Kleingebäck (+ 0.8 bzw. 1.3 Rpf.), Roggenmehl (+ 0.7 bzw. 1.8 Rpf.), Weizenmehl (+ 0.6 bzw. 2.4 Rpf.), Zucker (+ 0.6 bzw. 1.3 Rpf.), Kaffeebohnen (+ 1.3 bzw. 2.8 Rpf.). Die Preissteigerung beträgt im Monatsdurchschnitt Mai gegenüber April beim Brot 2.8 Prozent, gegenüber Januar 5.0 Prozent; gegenüber Mai 1930 liegt der Gesamtdurchschnittspreis 0.3 Rpf. niedriger. Kartoffeln sind gegen den Vormonat um 13.3 Prozent, seit Januar um 33.7 Prozent gestiegen und liegen auch gegenüber dem Vorjahr (um 16.3 Prozent) höher.

Die Preise der übrigen Lebensmittel (sowohl — mit Ausnahme von Weizenmehl, der im Preise unverändert ist — im Monatsdurchschnitt Mai etwas niedriger als im Vormonat).

Preissteigerungen sind im Mai von einer weiteren Anzahl von Orten gemeldet worden. Von insgesamt 135 Preissteigerungen wurde der Halbjahresdurchschnittspreis Oktober 1930 / März 1931 Ende Mai in 86 Orten (72.9 Prozent) festgestellt, darunter in fünfzig Großstädten mit Ausnahme von Köln, in weiteren 11 Orten entspricht der Preis dem Durchschnitt des genannten Halbjahres und nur in einigen Orten wird dieser unterschritten. Die Preissteigerung, mit denen der Halbjahresdurchschnitt unterschritten wird, schwankt recht erheblich von Ort zu Ort. Der Steigerungsschritt schwankt in den Großstädten zwischen 1.0 und 10.5 Prozent, liegt aber in der Hauptsache zwischen etwa 4 und 8 Prozent. In den meisten Provinzen ergeben sich für die einzelnen Orte ganz ähnliche Schwankungen und auch überhöhere mittlere Sätze. Brandenburg, Sachsen und Preußen erreichen mit 13.3, 10.7 und 2.1 Prozent die höchsten Prozentsätze. In der Rheinprovinz bleiben die Steigerungen unter 6.7 Prozent, in Berlin beträgt die Erhöhung 6 Prozent. Im Durchschnitt sind sämtlichen 135 Preissteigerungen beträgt die Steigerung des Preises Ende Mai gegenüber dem erwähnten Halbjahresdurchschnitt 3.6 Prozent, im Durchschnitt der 22 Großstädte 4.8 Prozent. In allen des Landes befinden sich verhältnismäßig weniger Orte, in denen der Halbjahresdurchschnitt Oktober/März überschritten wird; doch ist dort — hauptsächlich in Ostpreußen — die Preissteigerung besonders groß.

Der Preis für Weizenkleingebäck zeigt keine so einheitliche Bewegung wie der Brotpreis. Die meisten Preise liegen 2.1 über, 3.2 unter, zum großen Teil aber auch auf dem Durchschnitt des Halbjahres Oktober/März. Der Durchschnitt aus sämtlichen Preissteigerungen liegt 1.3 Prozent höher, der Durchschnitt aus den 22 Großstädten 0.5 Prozent niedriger.

Während auf den Westmärkten und im Fleischgroßhandel eine Preissteigerung für Schweine und Schweinefleisch etwas anzudeuten konnten, die übrigen Gattungen dagegen weiter im Preise nachließen, zeigten die Kleinhandelspreise für Fleisch übermäßigste Rückgänge, in einer Reihe von Orten und bei manchen Sorten allerdings auch leichte Erhöhungen. Der Senkungssatz gegenüber dem Vorjahr fiel sich zum Teil noch etwas vergrößert und beträgt in den Großstädten beim Rindfleisch zwischen 13 und 25 Prozent, beim Kalbfleisch etwa 12 bis 18 Prozent, beim Schweinefleisch um 30 Prozent.

Notverordnung — politische Lage.

Am Vordergrunde aller politischen und sonstigen Geschehens steht zur Zeit die Notverordnung des Reichstages...

In der heute abend stattfindenden Parteiverammlung soll deshalb den Parteimitgliedern Gelegenheit gegeben werden, zu der neu geschaffenen politischen Situation Stellung zu nehmen.

Die der außerordentlichen Wichtigkeit der zufassenden Beschlüsse wird selbstverständlich bereits die erste Versammlung der Gauwanderversammlung des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs...

Großstadtleben. Am Sonnabend und Sonntag beherrschte die Großstadt unser bunte Stadt am März...

Jülicherbadliferer. Am Freitag tagt der Preussische Landtag zum Jülicherbadliferer eine Beschlüsse von 250 000 Mark...

Schulfeiern und Schulgeld für die Gewerliche Berufsschule. Es wird auf die in der heutigen Nummer veröffentlichten Beschlüsse...

Kreis Wennigerode

Wennberg, 15. Juli. Parteiversammlung. Morgen Dienstag, 20.30 Uhr, findet Parteiversammlung im „Rindenhof“...

Aus Halberstadt

Grüne Bühne — Harzer Bergtheater.

Der Beginn der Spielzeit der Grünen Bühne, Harzer Bergtheater in Torgate ist in diesem Jahr auf Sonnabend, den 11. Juli, 16.30 Uhr, festgesetzt worden.

Das Programm dieses Jahres bringt als erste Premiere am Sonnabend, den 11. Juli, Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Schuld und Jau“...

In der diesjährigen Spielzeit steht neben dem lustigen Spiel „Schuld und Jau“ von Gerhart Hauptmann, dem eine fülle ergatternden deutschen Humors innewohnt...

Unsere Sportwoche.

Abschluß der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche in Halberstadt.

fs. Halberstadt, 15. Juni.

Die Reichsarbeiter-Sport-Woche nahm in diesem Jahre wieder einen glänzenden Verlauf. Fast schon es lag, als ob die Beteiligung noch stärker war als im letzten Jahre.

Leider lachten die Kommunisten aus dieser Reichsarbeiter-Sport-Woche in Halberstadt Kapital zu schlagen.

Der Abschluß der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche in Halberstadt. Die Arbeiterbewegung markiert. Und zur sozialistischen Arbeiterkraft gehören auch die Arbeiterpartei.

Der Abschluß der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche in Halberstadt. Ihre Wimpel und Fahnen sind rot wie die Flagge des kommunistischen Sozialismus.

Die Spielzeit des Harzer Bergtheaters. Die immer, wenn die Spielzeit zu Ende ist, von dem begeisterten Publikum durch laute Rufe „Wiederkommen! — Wiederkommen! — Wiederkommen!“...

* Schlägerel. In einer Schlägerel kam es gestern um 13.45 Uhr in der Lieberkühnstraße. Zwei Familien waren wegen der Kinder in Streit geraten.

* Zusammenstoß zwischen Motorrad und Straßenbahn. Am Sonnabend um 11.0 Uhr fuhr ein Motorradfahrer, der vom Martinplatz kam und die Infel herumfuhr, mit einer ihm entgegenkommenden Straßenbahn zusammen.

* Zusammenstoß zwischen Motorrad und Straßenbahn. Am Sonnabend um 11.0 Uhr fuhr ein Motorradfahrer, der vom Martinplatz kam und die Infel herumfuhr, mit einer ihm entgegenkommenden Straßenbahn zusammen.

Am Morgen des gestrigen Sonntags trugen im Harmonie-Restaurant die freien Regler ihre Wettkämpfe auf den verschiedenen Gebieten ihrer Kräfte auf.

Am Morgen des gestrigen Sonntags trugen im Harmonie-Restaurant die freien Regler ihre Wettkämpfe auf den verschiedenen Gebieten ihrer Kräfte auf.

Erst, diszipliniert in mustergetreuer Ordnung marschierten die Sportler durch die Straßen. Vorweg ging die Reichsbannekapelle, die die Marschmusik lieferte.

Der Zug lockte wieder viele Zuschauer herbei. Nicht gedrängt standen sie an den Straßen. Manche jubelten und Freude in den Gesichtern über diese imposante Demonstration für die Sache der Arbeiterkraft.

Auf dem Ringer angekommen nahmen die Sportler Aufstellung, um die Ansprache des Vorstehenden des Arbeiter-Sport-Komitees, des Gen. Hübmann anzuhören.

Der Abschluß der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche in Halberstadt. Die immer, wenn die Spielzeit zu Ende ist, von dem begeisterten Publikum durch laute Rufe „Wiederkommen! — Wiederkommen! — Wiederkommen!“...

Die Spielzeit des Harzer Bergtheaters. Die immer, wenn die Spielzeit zu Ende ist, von dem begeisterten Publikum durch laute Rufe „Wiederkommen! — Wiederkommen! — Wiederkommen!“...

* S.M.S. Halberstadt. Heute abend Sparten, anfing, um wie die „Gons“. Dienstag treffen sich die Spieler des Schachspiels im Rosenhof.

* In der städtischen Badeanstalt wurden in der Woche vom Montag, den 8. bis einschließlich Sonntag, den 14. Juni 2307 Schwimmbäder, 326 Bannbäder, 60 russische Bäder, 15 elektrische Bäder, 876 Brausebäder, zusammen 3884 Bäder abgetriebe.

* Warnung vor dem Genuß von ungewaschenem Obst. Aus dem Preussischen Ministerium für Volkswohlstand wird uns geschrieben: Infolge des Genußes von amerikanischen Äpfeln ist eine Familie an Vergiftungserscheinungen (Erbrechen) erkrankt.

* Er ist nicht Jo. Der Angeklagte B. aus Magdeburg war in ein Hotel in Döbersee eingedrungen und hatte ein Mt. Bargeld gestohlen. Da ihm nach der Tat der Boden im Döbersee zu heiß wurde, wollte er so schnell wie möglich nach Magdeburg verschwinden.

* Er hatte keine Möbel. Ein junger Mann wollte gern eine seiner Zimmer möbliert vermieten. Aber es fehlte ihm an den dazugehörigen Möbeln.

* Gemilderte Strafe. Ein Angeklagter war wegen Diebstahls im Reich und Besitzes zum Diebstahl zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll von dem Boden eines Hauses, wo er beschlagnahmt war, Getreide gestohlen haben.

* Der „unbillige“ Arbeitgeber. Ein Arbeitgeber hatte einen kaufmännischen Lehrling kritisches entlassen. Er war daraufhin verurteilt und hatte vor dem Arbeitsgericht einen Vergleich abgeschlossen, nach dem er sich bereit erklärte, dem Lehrling wieder einzustellen.



Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Empfängt nichtgleich ledigmal, mit Ausnahme der Sonntage, und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Woten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Fernruf: 2314. Druckerei: K. A. W. Wollensburger, für Wernigerode, für den letzten Teil t. B. u. W. Wollensburger, für Wernigerode u. Salzwedel, für die Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, außerhalb 20 Pfennig. Reklamenzeile 40 Pfennig, außerhalb 50 Pfennig. Wählzettel in der bei der Zustimmung vorliegende letzte Spalte. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Verlagsgedruckte Wagnereisen 4636 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 136

Montag, den 15. Juni 1931

1. Jahrgang

Morgen Entscheidung.

Der Reichskanzler verhandelt weiter. — Die Volkspartei ist wieder umgekippt.

Der Reichskanzler ist am Sonntag abend von der Hildesheimer Zeitung des Zentrums nach Berlin zurückgekehrt. Er wird bereits heute vormittag die am Sonntag abend unterbrochenen Verhandlungen mit den Parteien wieder aufnehmen. Zunächst sind Einzelgesprächen geplant. Dann soll eine

Konferenz mit sämtlichen Regierungsparteien

folgen, an die sich eine Beipräsenz mit Vertretern der Sozialdemokratie anschließt wird. An der Konferenz mit den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie werden auf Wunsch des Reichskanzlers der preuß. Ministerpräsident, Reichstagspräsident Siebe und der Reichsbankeigentümer Dr. Winter teilnehmen. An Regierungslager ist man neuerdings überzeugt, daß eine Verständigung zwischen der Reichsregierung, den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie erzielt und die Einberufung des Reichstags zunächst vermeiden werden kann. Man ist dieser Überzeugung nicht, weil man bereit wäre, die Notverordnung sofort in dem erforderlichen Maße zu ändern, und die Regierungsparteien bzw. die Sozialdemokratie zugleich zu befriedigen, sondern aufgrund der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage. Man ist im Regierungslager und das gilt ebenso vom Zentrum, fest davon durchdrungen, daß die Parteien unter dem Druck der insbesondere von dem Reichsbankpräsidenten vorgebrachten Argumente ihre Forderungen nach sofortigen Veränderungen der Notverordnung zurückzugeben und sich mit einer „bindenden Zusage“ der Regierung zuzubereiten, was, das derartige

Veränderungen im Herbst vorgenommen

werden sollen, sobald der Reichstag nach seinem Wiederzukommen in Ostober entsprechende Beschlüsse gefaßt hat. Der Optimismus vor dem Reichskanzler und allen Reichsministern zeigt sich, so ist nicht zuletzt auf die offensichtliche Bemühungen der Deutschen Volkspartei, ihren Besitz auf die Einberufung des Reichstags möglichst schnell und ohne viel Aufhebens in sein Gegenteil zu verkehren.

Eine Verlautbarung von maßgeblicher Seite der Deutschen Volkspartei in der „Königschen Zeitung“, ist am Sonntag abend aufgrund der Unterbrechung zwischen dem Reichskanzler und dem volksparteilichen Führer Dingeldey während der Eisenbahnfahrt des Reichskanzlers nach Hildesheim der Öffentlichkeit übermittelte wurde und die nach unseren Informationen auf niemanden anders als auf Herrn Dingeldey persönlich zurückzuführen ist, beutet die Möglichkeit

Kritik der Volkspartei in das Regierungslager

für Montag bereits an. Natürlich nicht aus der Einsicht, daß der Beschluß der Volkspartei vom Donnerstag eine Vorkehrung, sondern weil hauptsächlich der Aufforderung des Reparationskomitees der Notverordnung und der gefährdeten Umwidmung des Kabinetts zwischen dem Reichskanzler und Herrn Dingeldey eine „Annäherung“ zu erwarten sei. Die Volkspartei stellt also in Aussicht, daß Herr Dingeldey ihr mindestens auf halbem Wege entgegenkommen wird und ihr dieses Entgegenkommen einen neuen Impuls wert ist.

Von maßgebender Seite des Zentrums erklärt man uns dagegen, daß Weiling

Herrn Dingeldey bisher in keinem Punkte nachgegeben hat und er insbesondere weder jetzt noch in absehbarer Zeit daran denke, seine Regierung gemäß dem Wunsch der Volkspartei nach rechts zu erweitern. Aber, darf man fragen, worauf sich dann die Hoffnung der Volkspartei stützt?

Brüning hat am Sonntag auf der

Hildesheimer Tagung

keine Unterbrechung mit Dingeldey nur gestreift. Wie er überhaupt über die aktuelle Frage, über die Möglichkeiten, aus der außerordentlich zugespitzten innerpolitischen Situation ohne große Banne herauszukommen, nur sehr wenig gesagt hat. In seinen Ausführungen legte er den Schwerpunkt auf eine Darstellung der Weltwirtschaftslage und eine Betrachtung über die wirtschaftliche Situation Deutschlands.

Der Verlauf der anschließenden Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß die heutige Politik des Zentrums zu mindestens bis auf weiteres die Politik des Reichskanzlers ist. Welche Art diese Politik sein wird, zeigt jene Entscheidung, die am Sonntag von dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion des Zentrums angenommen wurde.

Die Entschärfung.

Die Entschärfung, die unter Mitwirkung des Reichskanzlers zu Papier gelegt wurde, stellt in der Form einen Aufbruch an das deutsche Volk und an die Weltöffentlichkeit dar. Uns interessiert daran vor allem, daß sich das Zentrum mit der Notverordnung, wie sie ist, trotz der scharfen Kritik der öffentlichen Gewerkschaften und trotz des Protestes, der aus den Reihen der Parteien des Zentrums von Tag zu Tag lauter gegen die Notverordnung erhellt, zunächst abgefunden hat. Zwar steht davon in der Entscheidung über in dem Aufbruch, wie man es gerade will, kein Wort. Aber die Tenor dieser Verlautbarung läßt keinen Zweifel darüber. Eine Bestätigung dafür ist auch der Verlauf der mehrstündigen Debatte in Hildesheim.

Von vielen Seiten wurde an der Notverordnung scharfe Kritik geübt und doch war man sich schließlich mit dem Reichskanzler darin

einig, daß an der Notverordnung frühstens im Herbst Änderungen vorgenommen werden sollen.

Die Sozialdemokratie verlangt sofortige Änderungen.

An der Entschärfung ihrer Reichstagsfraktion vom letzten Freitag heißt es, daß die wertvollen Wahlen durch die neue Notverordnung, auf das allerschwerste belastet werden und die Notverordnung Maßnahmen enthält, die sozial direkt unwirksam sind und nutzlos sind.

Wenden die Argumente der Reichsregierung und des Reichsbankpräsidenten über die wirtschaftliche Situation die Gefahren für die deutsche Kreditpolitik und die deutsche Währung so sein, daß sich die Sozialdemokratie mit Änderungen der Notverordnung in einigen Wochen zutreiben geben kann? Das ist die Frage, mit der sich am Dienstag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigen wird. Die Situation ist nach wie vor bitter ernst und die Möglichkeit, daß bereits jetzt der Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokratie eintritt, ist durchaus gegeben.

Die Hildesheimer Tagung.

Hildesheim, 15. Juni. (65) Im Verlauf der hier am Sonntag abgehaltenen gemeinsamen Tagung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion des Zentrums gab zunächst der Reichskanzler eine Uebersicht über die Weltwirtschaftslage. Anschließend machte Reichsarbeitsminister Stegerwald nähere Ausführungen über den Verlauf der Notverordnung. Ausser Brüning und Stegerwald waren der Reichswehrminister Guericke und die preußischen Minister Siegel und Stiffeler anwesend.

Et der Debatte, die mittags gegen 14 Uhr nach nicht dreistündiger Dauer abgeschlossen wurde, gab es scharfe Kritik an der Notverordnung. Trotzdem wurde dem Reichskanzler und den Reichsministern des Zentrums das Vertrauen der deutschen Zentrumsfraktion ausgesprochen. Zwar bestanden gegen Einzelheiten der letzten Notverordnung auch im Zentrum starke Bedenken, so machte finanzielle Bestimmungen der Verordnung wurde in Zeiten gefährter wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse geradezu unerträglich und unerträglich erscheinen. Am aber die Ration zu

erhalten, um eine geordnete Staats- und Wirtschaftsführung zu ermöglichen, um das Abgleiten in ein finanzielles, wirtschaftliches und damit politisches Chaos zu vermeiden, stütze die deutsche Zentrumsfraktion auch heute die Reichsregierung. Sie tue dies schließlich in der Erwartung, daß durch die Zusammenfassung aller Kräfte im gegenwärtigen Augenblick eine Lage geschaffen werde, die die Witterung der größten Härten der Notverordnung ermögliche.

Wort über die Notverordnung.

Am Sonntag abend sprach Reichsminister Dr. Winter in einer öffentlichen Versammlung. Wenn er gefragt wurde, so äußerte er, gefällten ihm die neue Notverordnung, so würde er mit ihnen stimmen, die „nein“ sagen. Auf die Frage kann man sie ablehnen, antwortete er, er wisse keine schöneren Tag als den, an dem alle Notverordnungen wieder in den Papierkorb wandern könnten. Der Beschluß der volksparteilichen Reichstagsfraktion auf Einberufung des Reichstages hab den deutschen Volk 250 Millionen Goldmark geteilt. Wenn morgen oder übermorgen durch eine politische Vorkehrung nicht die absolute Ruhe mehr garantiert werde, so werde der nächste Schritt der Reichsbankeigentümer nur eine Diskontenerhöhung, sondern eine Kreditrefraktion sein. Wenn Sozialdemokratie und Volkspartei am Montag oder Dienstag zu einer anderen Entscheidung kämen, als die, welche das Zentrum erwarmt, dann sei das Zentrum von aller Verantwortung über die Schwervierten unserer Lage frei.

Kapitalistischer Irrsinn.

Belgrad, 14. Juni. (Telunion). Ohne die fühlbarerweise ausmächtige Politik der Handelspolitik einer Kritik zu unterziehen, urteilt heute die „Politika“, daß es notwendig sein würde, einen Teil der Getreideernte auf irgendeine Art zu beschützen. Das Blatt betont, daß es sich um Unnützlichkeiten dieser Maßnahmen wohl bemüht sei. Allein sie liege in unabweisbarer Interesse der Volkswirtschaft und der öffentlichen Finanzen. Ein Teil der Ernte müsse ungefahrlich gemacht werden, damit nicht durch ein unbegrenztes Angebot die Preisbildung ungünstig beeinflusst werde. Als wirksamstes Mittel empfiehlt das Blatt die Verbringung eines Teils der Getreideernte ins Ausland.

Reichstag — und was dann?

Von Paul Sebe.

und diese Regierung wird eine sein, die sich von der Sozialdemokratie viel härter differenziert als es die Regierung Brüning bisher getan hat.

Die Maßnahmen dieser Regierung dürfen kaum a. Arbeiter freudig annehmen ausfallen als die gegenwärtige Notverordnung. Auf diesen Umständen müssen wir alle unsere Augen immer wieder hinwenden, in welchem Lager sie auch liegen. Die Unmöglichkeit, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, kann die Bildung einer außerparlamentarischen Regierung zur Folge haben und unseren Kampf in das Land statt ins Parlament verlegen. Wir werden ihn auch dort zu führen müssen, aber jeder Sozialdemokrat muß sich darüber klar sein, daß dieser Kampf dann geführt wird gegen eine geschlossene Front des Bürgertums und seine Gefolgschaft aus allen Lagern, daß dieser Kampf geführt werden muß bei einer noch weiteren Verfestigung seiner Lebenslage und der Befähigung seiner politischen Rechte.

Es wäre eine Quälerei, die zu schweren Enttäuschungen führen müßte, wenn sich der Glaube festsetzt, die Sozialdemokraten seien in diesem Reichstag stark genug, den Anschlag auf die Lebenshaltung der breiten Massen abzumehren. Das haben die Wahlen des 14. September dargelegt, die uns auf ein Viertel des neuorganisierten Parlaments herabdrückten. Dieses Viertel wird den Kampf führen, aber kann keine Mehrheit bilden. Die Hoffnung auf die Rationalisierungen ist eitel. Sie haben, wie übermorgen weiß, über erste und höchste Parole: „Rieber mit dem Young-Plan“ durch Stimmhalten zu Fall gebracht. Sie werden erst recht ihre soziale Rolle verlieren, aber ihren erreichten Einfluß benutzen, um die politischen Rechte zu beseitigen, was sie offen betonen, um den Einfluß der Massen auf die Gesetzgebung endgültig zu brechen. „Ausreden was ist“, war seit Lohndiale der erste Grundgedanke im Kampf der deutschen Arbeiterklasse. Wir dürfen unsere Anhänger nicht im Unklaren lassen, daß bei der Wirtschaftskrise und Finanzlage des Reiches unter allen Umständen zunächst die Arbeiter auf die Grundlage zu werden, daß gerade eine Änderung unserer bisherigen Politik das nicht verhindern kann, nicht größere Gerechtigkeit, sondern größere Ungerechtigkeit zur Folge haben muß. Das ergibt sich, weil die Gegner im Parlament und leider auch im Lande in der Mehrheit sind, weil die finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus der Krise ergeben, niemandem die Möglichkeit einer sofortigen Erleichterung schaffen. Erfolge, Fortschritte sind nur möglich nach neuen schweren Kämpfen. Für diese Kämpfe unter härteren politischen und sozialen Vorbedingungen zu führen, ist in dieser Stunde Pflicht unserer Organisation.

